

BDS-Info.ch

BOYKOTT – DESINVESTITION – SANKTIONEN gegen Israel bis zum Ende von Apartheid und Besetzung in Palästina

KÜNSTLER/INNEN SIND NICHT MORALISCHER ALS ANDERE MENSCHEN

Seit drei Jahren setzt sich eine Gruppe palästinensischer Intellektueller, KünstlerInnen und UniversitätsdozentInnen (PACBI) für den akademischen und kulturellen Boykott Israels ein. Die internationale Gemeinschaft wird zu einem umfassenden, dauerhaften Boykott akademischer und kultureller Einrichtungen aufgefordert, die von offizieller israelischer Seite unterstützt werden, bis Israel die besetzten Gebiete einschliesslich Ostjerusalems räumt, die von den Vereinten Nationen verbürgten Rechte der palästinensischen Flüchtlinge auf Rückkehr und Entschädigung anerkennt und das Apartheidsystem innerhalb Israels aufhebt.

Im August 2006, noch während des israelischen Kriegs gegen den Libanon, folgte ein spezifisch an Kulturschaffende gerichteter Aufruf palästinensischer KünstlerInnen zum Boykott israelischer Filmfestivals und anderer offiziell geförderter Kulturveranstaltungen. Im Dezember 2006 erschien im englischen Guardian ein internationaler Aufruf zum kulturellen Boykott Israels. Unter den 93 ErstunterzeichnerInnen aus der Welt des Films, der Kunst, der Musik und der Literatur befinden sich John Berger, Eduardo Galeano, Arundhati Roy, Emily Jacir, Brian Eno, Elia Suleiman und Nicolas Wadimoff.

Im folgenden Interview äussern sich die Filmemacherin Rowan Al Faqih und der Tanzchoreograph Omar Barghouti von PACBI über den kulturellen Boykott und das Verhältnis von Kunst und Politik.

Wie ist PACBI entstanden und wie funktioniert es?

Die Initiative zu PACBI ist von DozentInnen der Universität Bir Zeit ausgegangen, die im April 2004 zu einem öffentlichen Treffen in Ramallah einluden, an dem rund hundert KünstlerInnen und Intellektuelle teilnahmen. Im Juli 2004 veröffentlichte PACBI den ersten Aufruf, der auf palästinensischer Seite breite Unterstützung fand. Unser Boykott zielt explizit auf kulturelle und akademische Einrichtungen und Veranstaltungen, die offizielle Unterstützung erhalten. Er richtet sich nicht gegen individuelle KünstlerInnen und wir lehnen es auch strikt ab, den Inhalt künstlerischer Arbeiten zu werten. Wir fordern unsere ausländischen KollegInnen auf, ein klares Zeichen zu setzen, dass sie nicht länger bereit sind, die Verbrechen des israelischen Staates stillschweigend zu dulden. Wir laden sie ein, den Boykott aktiv und öffentlich mitzutragen. Der Boykott wird von KünstlerInnen aus verschiedenen Ländern unterstützt, darunter so bekannte Persönlichkeiten wie Ken Loach.

Wir versuchen, Einfluss auf die öffentliche Meinung zu nehmen und unsere PartnerInnen zu motivieren, nicht länger bei „Normalisierungsprojekten“ mitzumachen. Der Einfluss von PACBI reicht unterdessen weit über unsere Kapazitäten hinaus.

Allerdings beschränkt sich die Kampagne bisher vor allem auf das Uni- und Kunstmilieu, einer breiten Öffentlichkeit ist sie aber kaum bekannt. Hier besteht noch einiger Handlungsbedarf. Zudem kennt man uns in England zum Teil besser als in den besetzten Gebieten. Denn wir leben hier in völlig voneinander abgeschnittenen Bantustans, und in gewisser Weise ist London näher bei Ramallah als Nablus oder Hebron.

Welche Reaktionen gab es in Israel auf den Boykottaufruf?

Ein paar wenige Israelis unterstützen den Aufruf. Ilan Pappé, der sich auf seine Art für den akademischen Boykott einsetzt und damit unter enormem Druck steht, ist ein wichtiger Verbündeter. Seine Lage ist viel schwieriger als unsere. Denn wir befinden uns im Konsens; Boykott wird von den PalästinenserInnen als logischer Schritt wahrgenommen. Er befindet sich dagegen in seiner Gesellschaft in einer extremen Minderheit.

Im Normalfall sind in Israel selbst KünstlerInnen und Intellektuelle, die sich als sehr radikal fühlen und beispielsweise kritische Filme machen, völlig gegen den Boykott. Sie empfinden ihn als persönlichen Angriff, und manche setzen alles daran, ihn zum Scheitern zu bringen. Die einzige Erklärung dafür ist, dass darin ein impliziter Rassismus zum Ausdruck kommt. Sie glauben, entscheiden zu können, wie wir den Kampf gegen die Besetzung führen sollen und was gut für uns ist. Unsere Daseinsberechtigung als PalästinenserInnen beschränkt sich darauf, gute, liberale Israelis zu überzeugen, dass die Besetzung schlecht ist. Alles, was der israelischen Linken weh tut, sollen wir dagegen unterlassen. Das ist eine ausgesprochen verquere Logik.



JacirSurdaCrossing (Videoinstallation von Emily Jacir aus der Ausstellung Made in Palestine)

Gilt das nicht auch für die internationale Solidaritätsbewegung, die oft die Rechte der Flüchtlinge ausklammert, um gemässigte Israelis oder Juden/Jüdinnen nicht vor den Kopf zu stossen?

Das ist tatsächlich ein Problem. Was wir PalästinenserInnen denken, zählt nicht. Nicht einmal in der Diskussion über den akademischen Boykott, die in den englischen Medien geführt wurde, war unsere Meinung gefragt. Es war eine innerjüdische Diskussion über die Zukunft der PalästinenserInnen, als gehe uns diese Diskussion nichts an. Das ist bezeichnend – und zutiefst rassistisch.

Können israelische KünstlerInnen für die Politik ihres Landes zur Verantwortung gezogen werden?

Es gibt eine breite Komplizenschaft mit dem israelischen Staat. Ein wichtiger Faktor ist die Rechtfertigung der israelischen Geschichtsschreibung. Es gibt unzählige Filme und Veranstaltungen, deren einziger Zweck darin besteht, die israelische, zionistische Geschichtsschreibung zu

rechtfertigen. Natürlich gibt es daneben auch sehr gute Produktionen, es gibt antizionistische oder besatzungskritische Filme. In der Regel besteht aber eine weitreichende Komplizenschaft von KünstlerInnen.

Bisher hat beispielsweise kein einziges Tanzensemble das Ende der Besatzung gefordert, ganz zu schweigen von der Anerkennung der Flüchtlingsrechte oder der Verurteilung des Rassismus in Israel. Und natürlich gehen auch Kulturschaffende und AkademikerInnen in die Armee. Sie haben kein Problem, in einer Besatzungsarmee zu dienen. Seit Bestehen Israels haben nicht mehr als einige hundert Personen aus Gewissensgründen den Wehrdienst verweigert, obwohl ihnen allenfalls ein wenig Gefängnis droht.

Andererseits sind die israelischen KünstlerInnen stark institutionell eingebunden. Der Film „Arnas Children“ wurde beispielsweise von der israelischen Stiftung für Kino und Fernsehen gefördert, die zu 60 % vom Staat finanziert wird. Wenn es darum geht, Gelder von europäischer Seite zu bekommen, betonen sie, wie demokratisch sie sind, da sie sogar israelkritische Filme im Programm haben. Gleichzeitig sind sie sehr manipulativ und nehmen Einfluss darauf, welche Filme beispielsweise im Rahmen des von der EU finanzierten Greenhouse-Projektes für den Mittelmeerraum produziert werden. Worum es geht, ist „Normalisierung“. Man will zeigen, dass Israel trotz Besatzung, trotz Missachtung internationaler Rechtsstandards ein normaler Teil der Region ist und israelische KünstlerInnen überall, gerade auch in der arabischen Welt, willkommen sind. Man kann die Besatzung getrost aufrechterhalten, Israel wird trotzdem als normaler Staat behandelt.

Unter welchen Bedingungen arbeiten KünstlerInnen in den besetzten Gebieten?

Die meisten Filmschaffenden machen Kurzfilme mit einem sehr niedrigen Budget. Wir erhalten natürlich keinerlei staatliche Subventionen. Die Vorführungen finden meist im kleinen Kreis statt.

Ein Weg ist, sich im Ausland, beispielsweise in Europa, um finanzielle Unterstützung zu bemühen. Vieles hängt von den Umständen ab. Wenn man einen Film mit Israelis machen will, kann man natürlich Geld erhalten. Alles, was sich im Rahmen der „Normalisierung“ bewegt, ist akzeptiert. Dagegen besteht kaum Interesse an unseren Arbeiten an sich. Wenn wir im Ausland Filme zeigen können, dann meistens nur, wenn auch israelische Produktionen auf dem Programm stehen. Ausser es handelt sich um spezielle Filme wie Intervention divine oder Paradise now, denen der Durchbruch zu einem grösseren Publikum gelungen ist.

In Europa unterstützen viele spontan den Boykott von Konsumartikeln, haben aber gegenüber dem kulturellen Boykott Bedenken. Sie sehen die Kunst als etwas, das über der Politik steht.

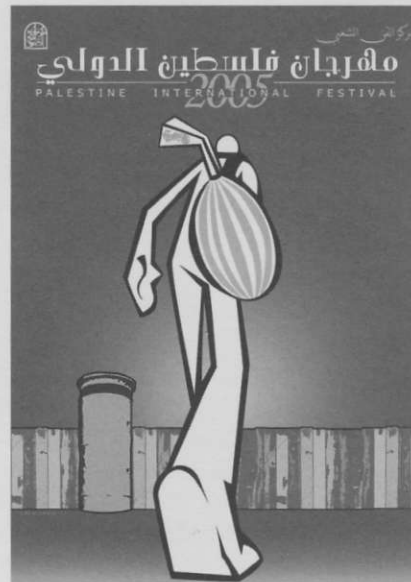
Das ist scheinheilig. Und die EuropäerInnen sind in dieser Frage scheinheilig. Was Südafrika betrifft, hatten sie keine Mühe, sogar individuelle KünstlerInnen oder AkademikerInnen zu boykottieren, im Fall von Israel will man sich aber auf Konsumartikel oder gar auf Siedlungsprodukte beschränken.

Zudem wird in Europa oft von der falschen Annahme ausgegangen, israelische KünstlerInnen und AkademikerInnen wären im Allgemeinen fortschrittlich und BesatzungsgegnerInnen. Das vertritt auch Noam Chomsky. Dieses angebliche Friedenslager will man nicht vor den Kopf stossen. Dabei gibt es keinerlei Anzeichen dafür, dass KünstlerInnen oder Intellektuelle liberaler und weniger rassistisch sind als die Durchschnittsbevölkerung. KünstlerInnen sind nicht moralischer als andere Menschen. Sie erreichen höchstens mehr Menschen – und hätten die moralische Pflicht, die Dinge beim Namen zu nennen.

Der kulturelle und akademische Boykott ist tatsächlich wesentlich schwieriger als der Boykott von Konsumartikeln. Dennoch haben wir in den nahezu drei Jahren unseres Bestehens keine überzeugenden Argumente gegen diese Form des Boykotts gehört. Wir werden vereinzelt als Israel-Hasser verunglimpft, aber das ist Stimmungsmache. Die inhaltliche Grundlage unserer Argumentation hat niemand ernsthaft in Frage gestellt.

Welche Schritte sind geplant, um die Kampagne auszuweiten?

Wir versuchen, weitere bekannte Persönlichkeiten als UnterstützerInnen zu gewinnen. Damit können wir an die Öffentlichkeit treten und die Kampagne im Bewusstsein halten. Ein erfolgreiches Beispiel war das Konzert von Roger Waters. Als wir erfuhren, dass er ein Konzert in Israel plant, haben wir zuerst versucht, ihn persönlich zu kontaktieren, und dann einen von zahlreichen palästinensischen KünstlerInnen unterzeichneten offenen Brief in englischen Zeitungen veröffentlicht. Im direkten Gespräch erklärte er sich bereit, das Konzert in Tel Aviv abzusagen und mit uns einen Alternative zu suchen, da er mit unserer Argumentation völlig einverstanden war. Was Waters dazu bewegte, das Konzert zu verlegen, war nicht Druck, sondern Überzeugung. Er ist ein sehr moralischer, prinzipientreuer Mensch. Wir als Unterdrückte haben kein andere Macht, kein anderes Druckmittel als moralischen Druck und unsere Überzeugungskraft. Und die versuchen wir einzusetzen.



Palestine International Festival (Plakat von Amer Shomali)

Der englische Schriftsteller und Künstler John Berger, Initiator des internationalen Aufrufs zum kulturellen Boykott Israels, schreibt in seiner persönlichen Vorbemerkung: „Wie schon Nelson Mandela verdeutlicht hat, kann der Boykott nicht ein Grundprinzip unseres Handelns sein ... Der Boykott wendet sich gegen eine bestimmte Politik und jene Institutionen, die diese aktiv oder durch stillschweigende Zustimmung umsetzen ... und nicht gegen bestimmte Personen oder Nationen.“

Zum Boykott im kulturellen Bereich meint Berger, dass ein standardisiertes Vorgehen nicht sinnvoll sei, sondern jede Situation einzeln beurteilt werden müsse. Doch „das Wichtigste ist, dass wir diesen Protest ... gemeinsam tragen, dass wir dafür Öffentlichkeit schaffen, dass wir die Mauer des Schweigens durchbrechen und die Duldungshaltung jener durchkreuzen, die behaupten, in unserem Namen zu handeln.“

STOPPT CATERPILLAR

Caterpillar ist international der grösste Hersteller von Baumaschinen sowie Diesel- und Gasmotoren. Die von Caterpillar angefertigten Bulldozer wurden von Israel in den seit 1967 besetzten Gebieten von Anfang an eingesetzt. Sie spielen in der israelischen Besatzungspolitik eine wichtige Rolle und werden insbesondere bei der Zerstörung von palästinensischem Wohnraum und dem Bau der illegalen Trennmauer eingesetzt. Innerhalb der letzten sechs Jahre wurden in den besetzten Gebieten mit Hilfe von Caterpillar mindestens 4270 Häuser – vor allem entlang der Trennmauer – dem Erdboden gleichgemacht. Die Zahl der seit Beginn der Besatzung zerstörten Häuser wird auf über 12000 geschätzt. Neben Wohnhäusern werden durch die Bulldozer auch große Teile der Infrastruktur, Ackerland, Einrichtungen zur Wasserversorgung, Schulen und Spitäler zerstört. Diese mithilfe der Bulldozer von Caterpillar durchgeführten Aktionen dienen der systematischen Zerstörung der Lebensgrundlage der PalästinenserInnen, um sie zu verdrängen und ihr Land zu annektieren.

International anerkannte Menschenrechtsgruppen wie Amnesty International und Human Rights Watch sowie NGOs aus verschiedenen Ländern fordern Caterpillar schon seit Jahren auf, die Zusammenarbeit mit Israel zu beenden. Sie machen die Firma für Menschenrechtsverletzungen und Verstösse gegen diverse Resolutionen und internationale Abkommen mitverantwortlich.

Als Besatzungsmacht hat Israel gemäss der Vierten Genfer Konvention die Pflicht, den Lebensstandard der Bevölkerung in den besetzten Gebieten aufrecht zu erhalten, und darf die demographischen Verhältnisse im Land nicht verändern. Häuserzerstörungen wären nur im Fall militärischer Notwendigkeit zulässig, und auch dann nur, wenn die ansässige Bevölkerung frühzeitig gewarnt, evakuiert und für den Verlust entschädigt würde. Israel hält sich an keine dieser Vorschriften. Caterpillar ist sich der fragwürdigen Verwendung seiner Maschinen durch Israel bewusst. Vor allem mit der Zerstörung des Flüchtlingslagers Jenin 2002, dem Tod der Aktivistin Rachel Corrie 2003 und den Häuserzerstörungen in der Stadt Rafah 2004 kam der Konzern international in die Schlagzeilen und geriet in Kritik.

STOP CATERPILLAR



Plakate der Anti-Caterpillar-Kampagne

STOP CATERPILLAR



Neben dem lukrativen Geschäft mit Baumaschinen hat sich Caterpillar mit dem Vertrieb von Schuhen und Mützen ein nicht minder ertragreiches zweites Standbein geschaffen und geht regelmässig mit neuen Schuhkollektionen an die Öffentlichkeit. Vor allem in diesem Bereich kann man den wirtschaftlichen Druck auf Caterpillar auch im Kleinen durch aktiven Boykott erhöhen und die Firma zur Beendigung der Zusammenarbeit mit Israel auffordern. Grössere Organisationen und Kirchen können auch durch ihre Investitionspolitik Einfluss nehmen. Ausführliche Berichte über Caterpillar, die aktuelle Lage in den besetzten Gebieten und die laufenden Caterpillar-Kampagnen sind unter dem entsprechenden Stichwort im Internet zu finden, siehe insbesondere www.waronwant.org und www.icahd.org.

BOYKOTTIERT CARMEL/AGREXCO!

Bereits zum dritten Mal haben AktivistInnen der britischen BDS-Kampagne die Verteilzentrale von Carmel/Agrexco in England blockiert. Zudem haben sie am Valentinstag zum Boykott israelischer Blumen aufgerufen, die Agrexco exportiert. Die Firma gehört zur Hälfte dem israelischen Staat. Carmel/Agrexco ist auch der grösste Exporteur von Produkten aus den besetzten Gebieten. Die Firma vermischt bewusst Siedlungsprodukte mit Produkten aus Israel, sodass ihr Ursprung nicht verfolgt werden kann, und deklariert Produkte aus den besetzten Gebieten als „Made in Israel“. Sie können damit auf Grund der EU- und EFTA-Freihandelsabkommen in Europa zollfrei eingeführt werden.



Verpackungshalle von Carmel/Agrexco im Jordantal

Produkte aus dem besetzten Jordantal

Das Jordantal in der östlichen Westbank gehört zum aktuellen Schwerpunkt israelischer Siedlungstätigkeit. Israel forciert hier im Stillen den Siedlungsbau und die Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung. Das Jordantal gehört zu den fruchtbarsten und wasserreichsten Gebieten im besetzten Westjordanland. Heute leben in diesem Tal bereits rund 7000 SiedlerInnen in 36 Siedlungen. Der Ausbau der Siedlungen ist mit der Vertreibung der 50 000 palästinensischen EinwohnerInnen verbunden. Seit Sommer letzten Jahres ist das Tal vollständig abgeriegelt. Der Export von palästinensischen landwirtschaftlichen Produkten in andere Städte der Westbank ist kaum mehr möglich. Die palästinensische Landwirtschaft ist zusammengebrochen, der Grossteil der Bevölkerung versinkt in Armut.

Carmel/Agrexco betreibt im Jordantal eine eigene Verpackungsanlage, um den Export von Frischprodukten aus den dortigen Siedlungen zu fördern. Nach Angaben des Managers Atzmon Meitzer stammen beispielsweise rund fünf Prozent der vom Konzern ausgeführten Blumen aus dem Jordantal (Jerusalem Post, 13.2.07). Für landwirtschaftliche Produkte dürfte der Anteil, der aus Siedlungen im Jordantal kommt, ähnlich liegen.

Mehr Informationen über das Jordantal und Carmel/Agrexco finden sich auf unserer Webseite unter www.bds-info.ch/kampagnen und zu Aktionen unter www.bds-info.ch/aktuell sowie auf der deutschen Website von Stop the Wall www.stophthewall.org/german/cgi-bin/german/index.shtml

Massnahmen gegen die Israelische Medizinervereinigung gefordert

In einem Aufruf von Februar 2007 fordern 19 palästinensische Gesundheitseinrichtungen und -verbände Massnahmen gegen die Israelische Medizinervereinigung (Israel Medical Association IMA), der sie vorwerfen, sich durch politische Parteilichkeit und bedingungslose Unterstützung der Praktiken der israelischen Armee, Geheimdienste etc. über die Grundsätze ärztlicher Ethik hinwegzusetzen. Konkret wird der IMA vorgeworfen, ungeachtet gut dokumentierter internationaler Kritik von Menschenrechtsorganisationen die Praxis der Folter palästinensischer Häftlinge zu dulden und diese sogar medizinisch zu begleiten; Verletzungen der Neutralitätspflicht von Ärzten/Ärztinnen in den besetzten Gebieten zu verteidigen sowie zivile Opfer israelischer Angriffe auf die besetzten Gebiete und den Libanon, Angriffe auf medizinisches Personal, die Zerstörung medizinischer und anderer Infrastrukturen und die massive Beeinträchtigung der medizinischen Versorgung durch die Mauer, Checkpoints etc., die einer Verletzung der Vierten Genfer Konvention gleichkommen, stillschweigend hinzunehmen, wenn nicht sogar aktiv mitzutragen.

Da bisher alle internationalen Proteste von Gesundheits- und Menschenrechtsorganisationen bei der IMA vergeblich waren und sich die World Medical Association, deren Ausschuss zur Zeit von einem Israeli geleitet wird, entgegen ihrem Auftrag weigert, aktiv zu werden, rufen palästinensische Gesundheitsorganisationen und -institutionen ihre KollegInnen weltweit dazu auf,

1. die Zusammenarbeit mit der IMA und jede Form von Gemeinschaftsprojekten einzustellen,
2. sich für eine Verurteilung der IMA einzusetzen und
3. palästinensische Gesundheitsinstitutionen direkt zu unterstützen, ohne von ihnen als Vorbedingung zu verlangen, sie müssten mit entsprechenden israelischen Institutionen zusammenarbeiten.

Die Liste der UnterzeichnerInnen und der vollständige Aufruf in englischer Sprache finden sich auf der Website von PACBI: www.pacbi.org und auf unserer Website: www.bds-info.

Kein Diamantenhandel mit Israel



BDS-AktivistInnen in Irland nutzen den Medienwirbel um den Film „Blood diamond“ mit Leonardo Di Caprio, um eine internationale Kampagne gegen „Blutdiamanten“ aus Israel zu lancieren. 30 Prozent der israelischen Exporte sind geschliffene Diamanten. Israel gehört neben Antwerpen zum bedeutendsten Verarbeiter von Rohdiamanten. Der Begriff „Blutdiamanten“ entstand, weil sich Diktaturen und bewaffnete Einheiten in Afrika mit dem Export von Rohdiamanten ihre Kriege

finanzieren. Die BDS-AktivistInnen machen mit dieser Analogie darauf aufmerksam, dass das israelische Diamantengeschäft die Besetzung und Apartheid mitfinanziert. Diamanten machen wertmässig die Hälfte des Handels zwischen der Schweiz und Israel aus.

Boykottaufruf palästinensischer Gewerkschaften

Verschiedene palästinensische Gewerkschaften und Interessenverbände rufen Organisationen wie die Internationale Arbeitsorganisation (ILO), den Internationalen Gewerkschaftsbund und andere Gewerkschaften und Dachverbände weltweit auf, Israel zu boykottieren, alle Investitionen zu stoppen und auf Sanktionen gegen Israel hinzuarbeiten, solange Israel Verbrechen gegen das palästinensische Volk begeht und das Völkerrecht und Menschenrechte missachtet.

Im Aufruf heisst es: „Wir begreifen diesen Aufruf der palästinensischen ArbeiterInnenbewegung als Teil des Kampfes gegen Besetzung und für Freiheit, Selbstbestimmung, das Recht auf Rückkehr aller Flüchtlinge, soziale Gerechtigkeit und einen unabhängigen palästinensischen Staat mit der Hauptstadt Jerusalem sowie ein Ende der rassistischen Diskriminierung der PalästinenserInnen, die innerhalb der Grünen Linie leben ... Was die Rolle der israelischen Gewerkschaft Histadrot betrifft, darf nicht vergessen werden, dass diese die Besetzung unserer Heimat seit jeher offen unterstützt hat und zudem selbst rassistisch gegen palästinensische ArbeiterInnen agiert und ihnen ihre Rechte vorenthält ... Deshalb rufen wir alle Gewerkschaften weltweit auf, Boykottmassnahmen gegen die Histadrot zu verhängen und von ihren eigenen Regierungen zu verlangen, Schritte zur Beendigung der Besetzung unseres Landes und zur vollen Umsetzung der Rechte des palästinensischen Volkes zu unternehmen ... Wir danken allen Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und Organisationen, die in den vergangenen Jahren diesen Appell aufgegriffen haben und bereits Boykotte in ihren Ländern organisieren. Sie hatten vielfach mit Anfeindungen der zionistischen Lobby zu kämpfen, haben sich aber trotzdem nicht einschüchtern lassen. Wir fordern alle Gewerkschaften weltweit auf, sich schützend vor diese KollegInnen ... zu stellen, sie solidarisch zu unterstützen und eigene Boykottaktionen ins Leben zu rufen. Wir hoffen, dass es gelingen wird, die Einzelkampagnen international zu vernetzen, um dem Boykott, dem Investitionsstopp und der Forderung nach Sanktionen maximale Durchschlagskraft zu verleihen.“ Die Presseerklärung in englischer Sprache findet sich auf unserer Website: www.bds-info.ch, der Aufruf mit der Liste der unterzeichnenden Organisationen in deutscher Übersetzung und weiteres Hintergrundmaterial auf der Website von Stop the Wall: www.stophthewall.org/german/cgi-bin/german/latenews/article_183.shtml



40 Jahre Besetzung von Westjordanland, Gazastreifen, Jerusalem und den Golanhöhen, 60 Jahre Nakba (Vertreibung der Mehrheit der palästinensischen Bevölkerung im Zuge der Staatsgründung Israels 1948) – Anlass genug, die Anstrengungen zu verstärken, mit den Mitteln von Boykott, Desinvestition und Sanktionen auf die Erfüllung der legitimen Rechte der PalästinenserInnen in den besetzten Gebieten, im Exil und in Israel zu drängen. Unterstützt die BDS-Kampagne durch eure Mitarbeit und Spenden. Konto siehe Impressum.

Impressum

Verein Boykott Apartheid – Made in Israel
Postfach 4070, 4002 Basel
Beilage zum Palästina-Info
Kontonr.: PC 40-307393-0

Mail: kontakt@bds-info.ch

Post: Verein Boykott Apartheid, Postfach 4070, 4002 Basel

Besucht unsere Website: www.bds-info.ch

Frühjahr 07